

Sächsische Volkspartei gegen Bildung eines Untersuchungsausschusses

Am Donnerstag, dem 19.07.2007 tagten die Abgeordneten des Sächsischen Landtages in einer Mammutsitzung.

Interessierte Bürger konnten diese live über den MDR-Info-Kanal verfolgen.

Es ging bei dieser Sitzung um den Antrag der Schaffung eines Untersuchungsausschusses zur Korruptionsaffäre. Die Sächsische Zeitung berichtete über den Ausgang dieser Sitzung des Sächsischen Landtages bereits am 20.07.2007.

Während sich die Fraktionen der CDU und SPD der Stimme enthielten, stimmte unser Parteivorsitzender, MdL Mirko Schmidt mit zwei weiteren Abgeordneten gegen die Bildung eines Untersuchungsausschusses. Nicht, weil die Sächsische Volkspartei für auftretende Sauereien ist, denn im Parteiprogramm spricht sie sich eindeutig für lückenlose Aufdeckung und Bestrafung von Korruption auf allen Ebenen aus.

Unsere Partei ließ diesen Antrag juristisch prüfen und kam zu dem Schluss, dass er verfassungswidrig ist. Dieser Untersuchungsausschuss ist nichts weiter als eine Wahlkampfplattform für die Linke, Grüne und FDP. Keiner der vorangegangenen Untersuchungsausschüsse hat ein Ergebnis erbracht (Paunsdorfaffäre, Landesbankaffäre). Im Vorfeld gab es jedoch unzählige Verdächtigungen und falsche Anschuldigungen, was heute allerdings schon wieder vergessen scheint. Da die Sächsische Volkspartei eine Partei ist, die zur Sächsischen Verfassung steht, konnte sie schon aus diesem Grund keine Zustimmung geben. Die Sondersitzung zu diesem Possenspiel kostete dem Steuerzahler allein 5.000 € an Fahrtkosten und wird mit jeder weiteren sinnlosen Sitzung weitere, hohe Summen verschlingen. Zu bedenken ist, dass es Steuergelder sind also unser aller Geld.

Erwähnen möchten wir noch, dass die NPD den ersten Antrag auf einen Untersuchungsausschuss stellte, welcher allerdings derart dilettantisch war, dass keine der im Landtag vertretenen Parteien zustimmen konnten. Parlamentarischer Sachverstand fällt nun mal auch nicht vom Himmel.

Die Sächsische Volkspartei wird sich jedoch weiterhin für die Interessen der sächsischen Wähler einsetzen!